

Rudolf Hickel

Berliner Republik im real existierenden Kapitalismus angekommen

Zwischenbilanz rot-grüner Wirtschafts- und Finanzpolitik

Vordergründig fällt die Halbzeitbilanz der rot-grünen Bundesregierung recht positiv aus. Das reale Wirtschaftswachstum wird in diesem wie auch im kommenden Jahr wieder die Drei-Prozentmarke erreichen. Die Zahl der registrierten Arbeitslosen geht, wenn auch gegenüber dem Wirtschaftswachstum erheblich schwächer als prophezeit, zurück. Der Bundesfinanzminister fühlt sich wegen der durch die günstige Konjunktur sprudelnden Steuermehreinnahmen wie „Hans im Glück“. Dazu kommen noch zusätzliche Einnahmen aus der voranschreitenden Privatisierung von Bundesvermögen und dem Verkauf neuer Netzlizenzen durch den Bund. Natürlich interpretiert die rot-grüne Bundesregierung diese positiven Signale aus der Gesamtwirtschaft als Lohn ihrer mühevollen Arbeit. Diese Instrumentalisierung hat sie mit der Vorgängerregierung gemein. Schließlich hatte Bundeskanzler Schröder schon während der Bundestagswahl einen Prozentpunkt des wieder anziehenden Wirtschaftswachstums bereits als vorauseilenden Dank der Wirtschaft für seine Regierungszeit reklamiert. Jedoch, die rot-grüne Bundesregierung muß sich genau so die Frage stellen, wie sie die damaligen beiden Oppositionsparteien, heute in der Regierung, dem Kohlsystem entgegenschleuderten: Ist die Besserung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung trotz oder wegen der Regierung zustande gekommen? Auch unter den neuen politischen Verhältnissen fällt die Antwort bitter aus. Zwar hat die erste Stufe der Steuerentlastung 1999 durchaus die Massenkaukraft und damit die Binnennachfrage gestärkt. Die Wachstumsimpulse sind jedoch maßgeblich auf den Zuwachs der Exporte von Gütern und Dienstleistungen zurückzuführen. Niemand wird ernsthaft behaupten können, daß Gerhard Schröder die Macht hat, die maßgeblich für den Exportboom verantwortlichen ökonomischen Entwicklungsbedingungen in der Welt – in Südostasien oder in den USA – zugunsten der deutschen Wirtschaft zu beeinflussen. Vielmehr zeigt sich, dass die These von der mangelnden internationalen Konkurrenzfähigkeit, die die alte Regierung zur Rechtfertigung ihres Sozialabbaus behauptete, völlig daneben war und ist. So wie schicksalhaft die wirtschaftlichen Erfolge des Schröder - Kabinetts maßgeblich von den Exportchancen abhängen, so greift auch bei ihr die enttäuschende Wirkung dieses Wirtschaftswachstums auf die Arbeitsmärkte Platz. Die bittere Wahrheit ist, der Rückgang der Arbeitslosigkeit in diesem Jahr ist massgeblich demografisch bedingt. Denn während die reale Wertschöpfung mit 3% wächst, nimmt im selben Ausmaß die Produktivität der Arbeit zu. Die spärlich wachsende Nachfrage nach Beschäftigten ist angesichts dieser Produktions-Produktivitäts-Lage maßgeblich durch eine Vielzahl – teils zufälliger – Verkürzungen der Arbeitszeit bedingt. Also, dem Ziel zumindest der Halbierung der registrierten Arbeitslosigkeit ist auch Rot- Grün kaum näher gekommen. Ohnehin wächst der Eindruck, dieses Ziel ist längst aufgegeben. Aber auch beim ökologischen Umbau der Wirtschaft zeigen sich Defizite einer Regierung, die wieder mal bei den bloßen Quantitäten des Wirtschaftswachstums angekommen zu sein scheint.

Die verbreitete Faszination von Rot- Grün angesichts wachsender Güter- und Dienstleistungsproduktion dient – ob gewollt oder ungewollt – wohl auch dem Ziel, den

grundlegenden Paradigmenwechsel der Regierungspolitik seit der gewonnenen Bundestagswahl zu vernebeln. Wer wird schon eine Regierung kritisieren wollen, die zwar ihre Programmatik bis zur Unkenntlichkeit verändert hat, jedoch Erfolge beim Wirtschaftswachstum und der Beschäftigung preisen will? Jedoch, diese Enttarnung ist unvermeidlich, zumal sich die Hoffnung auf eine lang anhaltende Prosperität schnell als Illusion erweisen kann: Zur Halbzeitbilanz gehört die Feststellung, daß sich die rot-grüne Bundesregierung von ihrer Programmatik, mit der sie die Bundestagswahl gewonnen hat, längstens verabschiedet hat. Der überraschend hohe Wahlerfolg war mit der Erwartung verbunden, nach der neoliberalen Entfesselung der Marktkräfte durch die Kohl-Regierung würde wieder das Primat der Politik über die Ökonomie durchgesetzt. Getreu diesem Wählerauftrag stand noch der Koalitionsvertrag vom Herbst 1998 unter der zukunftsweisenden Triade: Arbeit, Umwelt, soziale Gerechtigkeit. Auch erste politische Maßnahmen, wie die Rücknahme sozialer Eingriffe in der letzten Phase der Kohl-Herrschaft galten der Umsetzung der neuen Politik. Hier her gehört auch maßgeblich das „Steuerentlastungsgesetz“ von 1999 in drei Stufen. Steuerausfälle im Zuge der Senkung des Einkommensteuertarifs vor allem im unteren Bereich sollten durch den Abbau vielfältiger Steuerprivilegien gegenfinanziert werden. Schließlich gab es Versuche, die Kompetenz des Staates für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung und Beschäftigung zurückzugewinnen.

Das Ende dieses Aufbruchs wurde durch den Rücktritt von Bundesfinanzminister Oskar Lafontaine und seinen gesamtwirtschaftlich kompetenten Staatssekretären im Frühjahr 1999 eingeläutet. Welchen Einfluss auch immer die persönlichen Dispositionen und Fehlleistungen hatten, Lafontaine ist an dem machtvollen Willen der rot-grünen Manager zur Kurskorrektur der Regierungspolitik gescheitert. Letztlich sollte der Wirtschaft wieder die Oberhoheit bei der Definition „moderner“ Politik eingeräumt werden. Das Datum des Politikwechsels läßt sich ziemlich präzise bestimmen. Die Einschränkung der Steuervorteile im Rahmen der Rücklagenbildung in der Versicherungs- und Energiewirtschaft lösten heftige Proteste der Wirtschaft gegen die Bundesregierung aus. Die Zusage im März 1999 durch den Bundeskanzler, künftig solche Belastungen nicht mehr zuzumuten, bzw. rückgängig zu machen, war der Start in einen grundlegenden Politikwechsel.

Obwohl so richtig niemand weiß, was die New Economy ist, sie sollte jetzt die Unterstützung durch die Politik erhalten. Aber auch der Old Economy gilt die politische Pflege. Da ist die Automobilindustrie, der die drohende EU-Verordnung zur Altkarrossenverwertung erspart wurde. Aber auch die stark verflochtenen Konzerne im Bereich der Banken- und Versicherungsdienstleistungen wurden zu Weihnachten 1999 mit dem Steuergeschenk bedacht, künftig ihre Gewinne aus der Veräußerung inländischer Kapitalbeteiligungen nicht mehr versteuern zu müssen. Über all wurde Reformstau aufgedeckt und zum Abbau harte Modernisierung gefordert. Eilfertig wurden sozialer Schutz, die tarifliche Gestaltung der Arbeitsverhältnisse sowie die gesamtwirtschaftliche Verantwortung für Beschäftigung und Umwelt in Modernisierungsbremsen uminterpretiert. Die rot-grünen Koalitionäre loben allein schon ihren Mut, soziale Grausamkeiten entschieden durchzusetzen. Mit pathetischem Stolz wird eine Politik angepriesen, die die Hemmungen der alten Regierung beim Umbau der Wirtschaft zu Lasten sozialer Sicherung zu überwinden vermag. Endlich die „sozialen Besitzstände“ der sozial Schutzwürdigen zu knacken, gilt als Beitrag zur Zukunftsfähigkeit. Nicht scheibchen-

weise angegangene Reförmchen, sondern der Mut zum großen Systemwechsel wird propagiert. Dabei erweisen sich die angekündigten großen Entwürfe etwa zur Steuer- und Rentenreform schnell als handwerklich schlecht gemacht und schließlich als Rohr- krepierer. Unbestreitbar ist die rot- grüne Wirtschafts- und Finanzpolitik beim real existierenden Kapitalismus angekommen, der ihr fixes Referenzsystem geworden ist.

Der Politikwechsel steht, wie die folgenden Beispiele zeigen, im Widerspruch zu dem ursprünglich verkündeten Ziel, Wirtschaften sozial und ökologisch zu gestalten:

In der **Finanzpolitik** sind die Ziele gesamtwirtschaftlicher und ökologischer Gestaltung zurückgedrängt worden. Völlig entkoppelt von der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung gilt Einsparen von Ausgaben als Tugend an sich. Gar ist die Rede ist von Ethik des Sparsens, während damit Kürzungen im Bereich sozialer Sicherung vor allem zu Lasten von Arbeitslosen durchgesetzt werden. Zu dieser kurzatmigen Finanzpolitik gehören auch die Verschiebebahnhöfe, die die heutigen Regierungsparteien noch zu Oppositionszeiten gegenüber der alten Bundesregierung zu Recht kritisiert hatten. So werden soziale Lasten auf die Länder und insbesondere die Kommunen überwältzt. Mit der Haushaltskonsolidierung ist ein Sozialabbau durchgesetzt worden, den die Kohl-Regierung in ihren kühnsten Träumen nicht wagte zu verwirklichen. Beschäftigungspolitik mit den Instrumenten des Bundeshaushalts gilt derzeit als Todsünde. Keynes ist beerdigt worden, dafür wurde die neoklassische Naivität der sich selbst regulierenden Wachstumswirtschaft fröhlich wiedererweckt. Dazu gehört auch der Verzicht auf die öffentliche Finanzierung wichtiger Maßnahmen zur ökologischen Infrastrukturpolitik.

Die **Steuerpolitik** hat den noch im Koalitionsvertrag vorgezeichnete Pfad einer an sozialer Gerechtigkeit ausgerichteten Finanzierung staatlicher Aufgaben längst verlassen. Selbst die noch im Koalitionsvertrag versprochene Überprüfung der Wiedereinführung der Vermögensteuer für private Haushalte ist versenkt worden. Von der angemessenen Anpassung der Besteuerung der Immobilien auf der Basis der Verkehrswerte im Rahmen der Schenkung und Vererbung ist nicht mehr die Rede. Das zentrale steuerpolitische Subjekt der „neuen Mitte“ ist der Share-holder, den es zu pflegen gilt. Schließlich gilt die Fürsorge den verflochtenen Konzernen, die die Gewinne aus der Veräußerung ihrer inländischen Kapitalbeteiligungen künftig nicht mehr zu versteuern brauchen. Die Rechtfertigung wird mit windigen Argumenten der Vermeidung einer Doppelbesteuerung versucht. Dabei spiegeln sich in den satten Kursgewinnen kaum noch die bereits versteuerten Dividenden der Beteiligungstöchter wider.

Auch die **ökologische Steuerreform** droht zum Rohr- krepierer zu werden. Schwere handwerkliche, vor allem aber konzeptionelle Fehler sind gemacht worden. Es fehlt an längerfristigen Pfadvorgaben zur Anhebung der Steuersätze. Das besonders energieintensive Verarbeitende Gewerbe erhält begünstigende Abschläge. Vor allem aber erweist sich die doppelte Verheißung - Umwelt verteuern und Arbeit verbilligen - als schwere Belastung dieses so wichtigen Projekts. Einerseits konnte die Reduzierung der Lohnnebenkosten theoretisch und empirisch nachweislich nicht den versprochenen Zuwachs an Beschäftigung bringen. Andererseits fehlt es an öffentlichen Mitteln, um den erforderlichen Ausbau des öffentlichen Verkehrssystem sowie den sozialen Ausgleich für besonders hart Betroffene zu finanzieren. Ein Kompliment verdient in diesem Zusammenhang „Bündnis 90/Die Grünen“. Während der Bundestagswahl wurde die „grüne“ Ideologie

konsequent verkauft, derzufolge jede durch die Ökosteuer eingenommene Mark auch wieder über die Senkung der Rentenversicherungsbeiträge zurückgegeben werden müsse. Dieser Preis, der für die Regierungsfähigkeit bezahlt wurde, bedroht heute dieses wichtige Projekt.

Unlängst hat der kaum noch wiederzuerkennende Bundesumweltminister erklärt, man müsse doch Geld aus der Ökosteuer für ökologische Infrastrukturprojekte einsetzen. Denn ein Befragung habe gezeigt, daß die Bereitschaft zur Ökosteuer hoch sei, die Akzeptanz jedoch an der unsinnigen Verwendung der Einnahmen scheitere. Die Einsicht, die die Grünen um regierungsfähig zu werden weggeschoben haben, wird zu einem Zeitpunkt wiederentdeckt, in dem die Chancen für die Ökosteuer durch das falsche Konzept bereits verspielt worden sind.

Die Neue Politik zugunsten der „Berliner Kapitalentfesselung“ kulminiert im derzeit geplanten Systemwechsel bei der **gesetzlichen Rentenversicherung**. Ziel ist es, die gesetzliche Altersversorgung abzusenken. Zum Ausgleich soll auf freiwilliger Basis die kapitalgebundene private Altersvorsorge genutzt werden. Erstmals in der über hundertjährigen Geschichte wird die paritätische Finanzierung dieses Teils der Altersvorsorge zugunsten der Arbeitgeber aufgekündigt. Dieser Systemwechsel demontiert eine angemessene Alterssicherung. Diejenigen, die die private Altersvorsorge nutzen, werden durch Abzüge bei der gesetzlichen Versicherungsleistung im Rahmen eines Ausgleichsfaktors bestraft. Dagegen droht denjenigen, die nicht in der Lage sind, die private Vorsorge zu finanzieren, im Alter Unterversorgung, d.h. Armut. Systematisch produzierte Versorgungslücken zwingen zum zusätzlichen Bezug von Sozialhilfe. Während ursprünglich vor allem „Bündnis 90/Die Grünen“ die bedarfsorientierte Grundsicherung forderten, wird jetzt eine Grundsicherung durchgesetzt, allerdings auf Sozialhilfeniveau und zu Lasten der Kommunen. Die Blindheit auf dem gesamtwirtschaftlichen Auge rächt sich auch beim Systemwechsel der Alterssicherung. Die privatwirtschaftliche Kapitaldeckung trägt die Instabilitäten der Kapitalmärkte in das Rentensystem und bedroht die Versorgung im Alter.

Wie gesagt, rot-grüne Regierungspolitik ist wahrlich im real existierenden Kapitalismus angekommen. Und das heißt vor allem Pflege der Share-holder sowie der mächtigen Konzerne. Die Orientierung an den Interessen, derjenigen, die von Arbeitsplätzen abhängig sind, reduziert sich durch diese rot-grüne Politik zur dilatorischen Floskel, auf die freilich nicht verzichtet werden darf. Denn die große Wählerklientel der Verlierer dieser Politik werden bei der Wiederwahl dringend gebraucht. Das Fazit dieser Halbzeitbilanz kann nur lauten: Mit dieser Politik wird wohl das Ende der Legislaturperiode noch erreicht werden. Ob es dann erneut zu einer Zwischenbilanz einer zweiten Legislaturperiode kommt, ist jedoch ausgesprochen unwahrscheinlich. Denn ohne den angekündigten Politikwechsel, mit dem die letzte Bundestagswahl bravourös gewonnen wurde, lohnt sich der Regierungswechsel wohl kaum.